

GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 51 38. Jg.

18. Dezbr. 1925

ORGAN DES VERBANDES DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER UND VERWANDTE BERUFE.

Abonnement. Die *Graphische Presse* erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementpreis 0,25 Mk. exkl. Zustellung pro Monat. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3573). Für die Länder des Weltpostvereins 0,50 Mk.

Redaktion:

Hans Ronnger, Berlin N 24, Elsassersstraße 86-88 III. Redaktions-
schluß: Montag. Telefon Amt Norden 4268
Verlag: Johannes Haß, Berlin N 24. -- Druck und Expedition:
Conrad Müller, Schkeuditz-Leipzig, Augustastr. 8-9

Insertion. Für die viergespaltene Nonparillezeile oder deren Raum 0,50 Mk. bei Wiederholung Rabatt. Für Verbandsmitglieder sowie Verbandsanzeigen 0,30 Mk. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft. -- Zuschriften an die Expedition erbeten. [Postverlagsort Schkeuditz.]

Der Pakt am Friedenstein.

Die für den 6. Dezember vom Verband nach der Stadt des Schlosses Friedenstein, Gotha, berufene Konferenz der Kartolithographen, kartographischen Zeichner und Kupferstecher war ein Ereignis. Warum diese Konferenz berufen wurde, ist den Kollegen bekannt. Daß der Verbandsvorstand — und mit ihm der Kölner Verbandstag, der ja auch dem Vorschlag auf Abhaltung einer solchen Konferenz seine Zustimmung gab — mit seinen Vorschlägen und Beschlüssen eine außergewöhnlich glückliche Hand hat, bewies auch diese Konferenz. Solches kommt natürlich nicht von ungefähr, sondern findet seinen Grund darin, daß neben einer harmonischen, immer die Sache in den Vordergrund stellenden Gemeinschaftsarbeit, dem Verbandsvorstand als Leitmotiv gilt, jede notwendige Entscheidung so vorzubereiten, daß nach menschlichem Ermessen ein Fehlbeschluß unmöglich ist. Diese gute Vorbereitung hat auch der Kartographenkonferenz gegolten, und es war gut so. Es hat natürlich aus den Kreisen der beteiligten Kollegen nicht an Stimmen gemangelt, die den Verbandsvorstand zu einer früheren Berufung der Konferenz drängen wollten, aber nach Schluß der Konferenz galt nur die eine Meinung bei allen Delegierten, daß der Verbandsvorstand richtig gehandelt hat und daß unserem Verbandsvorstand von allen Kollegen volles Vertrauen geschenkt werden kann.

Daß auch die Kartographen-Konferenz einen solchen Ausklang finden würde, ist manchem Kollegen zweifelhaft gewesen. Es lagen auch genügend berechtigte Gründe zu solchem Zweifel vor. Und dieser Zweifel fand auch seinen offiziellen Ausdruck. Denn anders hätte der einzige Beratungspunkt, der der Konferenz gestellt war, nicht in die Frage gekleidet werden können, ob der Lithographenverband die Interessen der Kartolithographen, Zeichner und Kupferstecher erfolgreich vertreten kann. Für die Kollegen, die dem Verbandsvorstand schon lange als Mitglied angehören und offenen Auges durch ihre Zeit gegangen sind, war diese Fragestellung überflüssig. Denn sie können sich der Zeiten nur noch zu gut erinnern, wo es keinen Verband gab oder der Verband nur wenig Kollegen zu seinen Mitgliedern zählte. Lange Arbeitszeit und wenig Lohn, Lehrlinge über Lehrlinge — und deshalb stets Reservekräfte für die Unternehmer, schlechte Behandlung der Kollegen und einiges andere unerfreulicher Art mehr, waren das Charakteristikum der organisationslosen Zeit für die wirtschaftliche Lage der Kollegen. Heute aber sind die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Kollegen tariflich geregelt! Sind auch die vom Verbandsvorstand getroffenen Tarifvereinbarungen in allen Teilen inhaltlich noch nicht so formuliert, wie wir es zu fordern berechtigt und verpflichtet sind, so ist der erzielte Fortschritt doch für jedermann in die Augen springend. Und dieser Fortschritt ist allein und ausschließlich dem Wirken des Verbandes zu danken. Diese Feststellung ist unter erfahrenen Gewerkschaftern völlig unumstritten, wie auch unstritten ist, daß weitere Fortschritte nur durch festen Zusammenschluß im Verbandsverband erzielt werden können.

Wer mit erlebt hat, wie durch den Organisationsstreit eine Entfremdung zwischen einem Teil der Kollegen in der Kartographie und unserem Verbandsverband herangewachsen war, konnte mit Recht darauf rechnen, daß die Kartographenkonferenz in ihrem ersten Teile noch von diesem Streite durchzittert würde. In dieser Beziehung haben die Delegierten angenehm enttäuscht. Die Sachlage war durch den Schiedsspruch geklärt und es galt nun alles zu tun, den Kollegen eine nachdrückliche Interessenvertretung zu sichern. Von diesem Gesichtspunkt aus ließen sich alle delegierten Kollegen leiten und taten, was ihre Pflicht war. Natürlich war die Aussprache eine rege. Mannhaft wurde die Meinungsklinge geführt. Die Wünsche der Kollegen wurden mit allem Nachdruck vertreten, aber auch anerkannt, daß nur Geschlossenheit zum Ziele führt. Man wurde sich deshalb einig, fest

und geschlossen im Verbandsverband zusammen zu stehen und alle noch abseits stehenden Kollegen einzuladen, ebenfalls der Gemeinschaft beizutreten. In ruhiger, sachlicher Aussprache, unter Beachtung aller beruflichen Umstände und Bedingungen, ist die Konferenz zu diesem Entschlusse gekommen. Sie schließt sich deshalb würdig den kollegialen Aussprachen an, die der Verband in jüngst vergangener Zeit gepflogen hat. Die Kartographen wieder in Reih und Glied! Dieser Ruf kann mit Stolz erschallen.

Der Verband ist Weg und Waffe!

Es ist ein großer, ernster Reigen,
Den Arbeit um die Erde sühnt,
Es ist ein Lied, das wirbt undingt,
Wenn müd die blassen Lippen schweigen
Vom Brot, das Hand aus Dornen tingt.

Und stehn wir nicht, wo Feuer sprühen
Im brüllenden Raufjungenfang?
Ein jeder Tag ist hasser Sang,
Ein jeder Tag ist Hast der Mühen
Und jede Stunde schwer und lang.

Wir aber trotz'n — Weg und Waffen
Gibt uns der helfende Verband,
Der wirbt und wirbt im weiten Land,
Wo immer Geißel sorgend schaffen
Und Rechte reißt in treuer Hand.

Verband — das ist das große Feiern,
In dem das Volk der Arbeit siegt,
Wo immer unsere Fahne fliegt
Und Hände sich den Händen reichen
Und Land der Zukunft hoffend liegt.

Verband — das ist der Arbeit Leben
Und aller Mühen Wunderwort,
Wir hütern treu, wir tragen's fort,
Und wo nach Licht die Menschen streben,
Gibt unserm Wirken Weg und Ort.

Und ob es Schwache nicht begreifen,
Die Starken halten mutig stand,
Und seien, daß im weiten Land
Die Rechten feier Zukunft reifen —
Verband, ihr Brüder wahrts, Verband!

Franz Rothenfelder.

Und wie die Einreihung in die Front der Kollegen durch die Konferenz sich vollzogen hat, das erfordert zu sagen:

Hut ab vor der Kollegenschaft im Kartographengewerbe!

Die Konferenz wurde vom Kollegen Haß am 6. Dezember 9 $\frac{1}{2}$ Uhr vormittags eröffnet. Der Konferenz ging am Sonnabend eine Versammlung der in Gotha beschäftigten Kollegen voraus, an der die Delegierten teilnahmen, soweit sie schon in Gotha anwesend waren. Kollege Haß als Referent schilderte die wirtschaftliche und politische Lage und zog die sich daraus ergebenden gewerblichen Schlußfolgerungen. Unter besonderer Bezugnahme auf die Gothaer Verhältnisse legte er weiter dar, daß die Kollegen nur durch festen Zusammenschluß zu ihrem Rechte kommen könnten und die Solidarität die Grundlage unseres Handelns sein müßte. In der Aussprache ergrieffen fast alle Delegierten das

Wort, um an Hand von Beispielen aus dem Berufsleben nachzuweisen, daß nur fester Zusammenhalt der Kollegen das Mittel ist, die Wünsche der Kollegen zur Geltung zu bringen. Auch wurden Vergleiche zwischen Jetzt und der Vergangenheit gezogen und die zukünftige Entwicklung der Kartographie zur Erörterung gestellt. Auch die Verbundenheit der Kartographen mit den Druckern wurde wiederholt herausgestellt und ihre Notwendigkeit durch Tatsachen erhärtet. Leider nahmen die Gothaer Kartographenkollegen an der Aussprache nicht so regen Anteil wie gewünscht. Aber die Aussprache dürfte auch so eine Klärung gebracht haben. Und Klärung unter den Kollegen herbeizuführen, ist ja der Zweck solcher Aussprachen. — Die Konferenz wurde vom Kollegen Haß am Sonntag mit Begrüßungsworten eröffnet und nach Erledigung geschäftlicher Notwendigkeiten wurde in die Verhandlungen eingestiegen. Als einziger Punkt stand zur Tagesordnung: Kann der Lithographenverband die Interessen der Kartolithographen, Zeichner und Kupferstecher erfolgreich vertreten? Zur Beurteilung der Lohnverhältnisse im Kartographiegewerbe lag eine verarbeitete Statistik vor, die am 1. Oktober 1925 aufgenommen worden ist und einen guten Einblick in die Lohngestaltung gewährt. Als Delegierte erschienen die Kollegen:

Rotig, Wilde, Imroth und Hoffmann (Berlin), Stein, Otto und Ferkel (Leipzig), Aschenbach und Brand (Gotha), Dehmel (Braunschweig), Krakau (Glogau), Bentlage (Hildburghausen), Haß, Münke und Ronnger (Verbandsvorstand).

Der Delegierte von Frankfurt a. M. konnte wegen Krankheit nicht erscheinen; die Delegation von Dresden unterblieb aus anderen Umständen. An der Konferenz nahm noch der Vorsitzende der Mitgliedschaft Gotha, Kollege Baumbach sowie der Leiter des Tarifamtes teil.

In seinem einleitenden Referat betonte Kollege Haß, daß es Aufgabe der Konferenz sei, die Einheit der Kollegen wieder herbeizuführen. Er verzichtete deshalb darauf, die wirtschaftliche und politische Lage Deutschlands noch einmal zu schildern, sondern gab eine Darstellung, wie die organisatorischen Differenzen entstanden sind. Das ist inzwischen den Kollegen bekannt geworden und können wir uns eine Wiederholung schenken. Dann behandelte Kollege Haß die Situation auf dem Tarifgebiete und stellt fest, daß heute die Angestellten keinen Tarif mehr zum Abschluß bringen können, der inhaltlich über das hinausgeht, was in unseren Tarifen niedergelegt ist. Wenn in der Zeit der Geldentwertung die Wünsche der Kollegen auf auskömmlichen Lohn nicht befriedigt werden konnten, so war dafür entscheidend die Lage des Gewerbes. Unsere Berufen wurde damals die Existenzberechtigung überhaupt abgesprochen. Wenn wir trotzdem vorwärts gekommen sind und die Lohn- und Arbeitsverhältnisse einigermaßen geordnet haben, so ist das nur einer weitsichtigen Politik der organisierten Gehilfen zu danken, die unsere Position stärkte. Davon haben auch die Lithographen aller Sparten Nutzen gezogen. Denn die Absicht der Unternehmer war immer, die Lithographen schlechter im Lohn zu stellen als die Steindrucker. Aber die Vertreter der Steindrucker haben alle solche Ansinnen abgewiesen und sich immer für die Lithographen eingesetzt. Das geschieht auch heute noch, und zwar mit Erfolg, weil die Steindrucker für den Unternehmer eben der Machtfaktor sind. Von diesem Gesichtspunkt aus ist auch der Schiedsspruch im Organisationsstreit einstimmig zu Gunsten des Lithographenverbandes gefällt worden, weil eine erfolgreiche Vertretung der Interessen aller Bildnerzeuger ohne die Bildrucker nicht möglich ist. Zur Angestelltenfrage übergehend, betont Kollege Haß, daß über die Auswirkung der Angestelltenversicherungspflicht ein Irrtum bei den Kollegen der Kartographie lebendig war, wie

er noch nicht zu verzeichnen gewesen ist. An Hand der erlassenen Gesetze und Verordnungen weist Redner nach, daß mit Erreichung der Angestelltenversicherungsspflicht auch nicht das mindeste zur Besserung der wirtschaftlichen Lage getan sei. Hinzu komme noch, daß die Angestellten mit aller Macht darauf drängen, die Versicherung der Angestellten und die der Arbeiter zu verschmelzen. Und diese Verschmelzung sei aus gewichtigen Gründen nur eine Frage der Zeit. Wollen die Kollegen des Kartographiegewerbes wirtschaftlich vorwärts kommen, dann helfe ihnen nur fester Zusammenschluß, für die der Lithographenverband die geeignetste Grundlage sei. Denn in diesem Verbandsverband hätten die Kollegen durchaus die Möglichkeit, ihre besonderen Interessen zu vertreten. Wenn die Kartolithographen und Kupferstecher etwas besonderes leisten wollten, liege dem nicht das Geringste im Wege. Organisatorisch müsse freilich die Macht in der Hand der Verbandsleitung liegen. Das Recht der Sparten, ihren beruflichen Interessen gesondert nachzugehen, widerspreche in keiner Weise dem Streben nach dem Industrieverbande, denn wir lassen uns dabei nur von dem Gesichtspunkte leiten, die Möglichkeit zu schaffen, unsere Interessen noch besser als bisher vertreten zu können. Wenn der Lithographenverband den Kollegen in der Kartographie nicht helfen könnte, kann es der „Butab“ erst recht nicht. Aber der Verband kann den Kollegen helfen, was genügend Veranlassung sein muß, sich fest im Lithographenverband zusammenschließen. Kollege Haß legt deshalb am Schluß seiner Ausführungen eine Entschließung vor, die zum Ausdruck bringt, daß alle Kollegen im Kartographiegewerbe dem Lithographenverband zuzuführen sind und die die Forderungen enthält, die im Auftrage dieser Berufskollegen vom Verbandsvorstand zu vertreten sind.

Vor Eintritt in die Aussprache stellt Kollege Otto (Leipzig), die bestimmte Frage, ob mit Überführung ins Angestelltenversicherungsverhältnis auch unmittelbar eine Auswirkung auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse einsetze. Diese Frage muß auf Grund der Gesetze mit Nein beantwortet werden.

Dann nimmt als erster Redner Kollege Rötig (Berlin), in der Aussprache das Wort und legt an Hand von Aufzeichnungen und in Ergänzung der Ausführungen des Kollegen Haß, noch einmal den ganzen Werdegang des Organisationsstrebens dar, wie er von den Berliner Kollegen gesehen wird. Kollege Wilde (Berlin), stellt hierzu fest, daß diese Ansicht nicht von allen Berliner Kollegen geteilt wird. Kollege Otto (Leipzig), ist darüber aus eigener Erfahrung im Bilde, wie der Organisationsstreit entstanden ist. Schon in der Vorkriegszeit war bei den Berliner Kollegen das Streben vorhanden, einmal Angestellter des Staates zu werden. Deshalb auch das schlechte Organisationsverhältnis der Kollegen. Trotzdem habe sich der Lithographenverband nicht abhalten lassen, die Interessen der Kartographen zu vertreten und die Kollegen hätten dem Verbandsverband viel zu verdanken. Wenn die Kartographen angestelltenversicherungs-pflichtig würden, würde der Verband schon das nötige tun, um das auszuwerten. Aber eine Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse sei damit nicht verknüpft. Das könne nur durch die Organisation geleistet werden. Das ist auch anscheinend die Ansicht der Berliner Kollegen, die erfreulicherweise beachtliche Anträge zur Konferenz gestellt hätten, um zu einer entsprechenden Vertretung ihrer Interessen zu kommen. Die Privatarbeit sei ein großes Übel und die Hausarbeit der Beamten müsse unterbunden werden. Ferner müsse dem Lehrlingswesen größte Beachtung geschenkt werden. Das alles sei aber nur möglich zu erreichen, wenn sich die Kollegen fest zusammenschließen.

Kollege Krakau (Glogau), unterstreicht die Ausführungen des Kollegen Otto und hebt hervor, daß das Verhalten der Berliner Kollegen Befremden hervorgerufen habe, weil sie den Streit um die Form der Interessenvertretung entseelt hätten. Nicht die Form, sondern die Interessenvertretung sei die Hauptsache, unter besonderer Beachtung der Tatsache, daß Er-rungenes auch gehalten werden kann. Alle Fortschritte sind ein Schlag ins Wasser, wenn sie in schwerer Zeit wieder verloren gehen. Es ist deshalb durchaus wichtig für die Kollegen, zu wissen, wie die Machtverhältnisse liegen. Daneben muß der Weg gesucht werden, wie wir unsere Interessen am besten vertreten können. Fest steht, daß wir ohne die Hilfe der Stein-drucker nie zu Erfolgen kommen werden. — Erfreulich ist, daß der Konferenz eine Statistik vorliegt. Aus ihr geht unzweideutig hervor, daß die Kollegen bei Lohnforderungen gegeneinander ausgespielt werden. Diese Erkenntnis muß dazu führen, daß sich die Kollegen fest zusammenschließen, um solches Tun unmöglich zu machen. Weiter muß in kurzer Zeit wieder eine Lohnstatistik aufgenommen werden, um die Fehler zu finden, die uns nicht besser vorwärts kommen lassen. Was nützt uns die höhere Dienstleistung, wenn keine entsprechende Gegenleistung dafür gegeben wird. Redner wendet

sich dann der technischen Entwicklung zu und zeigt an Hand von Beweisen, daß dafür auch die Kartographie nicht geschützt ist. Kommt dazu noch die Schwarzarbeit, dann ist das Übel fertig. Es ist deshalb unsere Pflicht, die Schwarzarbeit in jeder Weise zu bekämpfen. Das aber ist nur durch den Verband möglich. Darum Schluß mit der ganzen Angestelltengeschichte, und als Mitglied des Lithographenverbandes nachdrücklich die eigenen Interessen vertreten.

Kollege Rotig erwidert einiges auf die Ausführungen des Kollegen Wilde und betont, daß nur durch Zusammenschluß etwas zu erreichen ist. Das klingt auch aus den Ausführungen des Kollegen Mönke (Berlin) heraus, der die Lage der graphischen Zeichner schildert, von denen ein Teil Angestellte und ein Teil gewerbliche Arbeiter sind. Die Statistik zeigt, daß auch hier die gewerblichen Arbeiter besser stehen als die Angestellten. Redner wendet sich dagegen, daß im Kupferstecherüberläufer ausgebildet werden und schließlich aus den von den graphischen Zeichnern gemachten Erfahrungen, daß nur der Verband in der Lage ist, den Kollegen zu helfen. — Kollege Stein (Leipzig) wünscht die aufgestellten Forderungen noch um einige ergänzt, die er im einzelnen begründet. Dann wehrt sich Redner dagegen, daß die Arbeit in der Kartographie überwiegend mechanisch sei. Von einem mechanischen Nacharbeiten könne keine Rede sein. Im Gegenteil müsse die schöpferische Tätigkeit herausgestellt werden. Aber alles müsse auch im Zusammenhang betrachtet werden. Eins bedinge das andere. Daraus gehe aber wieder die Notwendigkeit des Gewerbes hervor, das andererseits in seiner Struktur von Machtverhältnissen bestimmt wird. Wollen wir etwas erreichen, müssen wir uns Macht verschaffen. Organisation ist Macht. Deshalb hinein in den Verband. — Kollege Dehmel (Braunschweig) schildert die Verhältnisse in Braunschweig und betont, daß ihnen das Angestelltenverhältnis angeboten worden ist. Als Gegenleistung wurde von den Kollegen Verzicht auf jede Organisation und tarifliche Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen verlangt. An einem weiteren Beispiel zeigt der Kollege, wie die Privat- und Hausarbeit wirkt, denn es zeigte sich durch die Preisunterbietung, daß auf Grund dessen jede weitere Lohnzulage verweigert wurde. — Kollege Hofmann (Berlin) behandelt die Frage, wie es kam, daß die Kollegen der Kartographie wenig zur Organisation hielten. Die Kollegen kamen aus dem Bürgertum und Beamtenkreisen mit dem Wunsche, auch einmal Beamter zu werden. Nach dem Kriege ist das aber aussichtslos geworden. Sie sind vielmehr in die Arbeiterreihen eingereicht worden. Davon wollten sie sich wieder befreien, was sie durch das Angestelltenverhältnis zu erreichen glaubten. Aber selbst wenn die Kollegen durch die Zugehörigkeit zur Angestelltenversicherung alles erreichen könnten, was sie erhofften, ist bestimmt damit zu rechnen, daß die Unternehmer alle sozialen Lasten abzurufen suchten. Das Mittel dazu wäre die Züchtung von Privatstechern. Das wäre aber bestimmt das Ende aller guten Verhältnisse. Der Privatstecher muß vielmehr mit allen Mitteln entgegengewirkt werden, wie auch der Ausbildung von Überläufern Einhalt getan werden muß. Das Mittel dazu ist nur der Verband. Es ist deshalb nicht schwer zu entscheiden, was die Kollegen zu tun haben.

Kollege Bendlage schildert die Verhältnisse in Hildburghausen und hebt hervor, daß sich die Kollegen schwer in den Gedanken der Organisation finden können. Auch vor dem Kriege habe nur eine lose organisatorische Verbindung bestanden. Aber es gelte in die Zukunft zu blicken. Und da ergebe sich, daß es notwendig ist, sich einer Gewerkschaft fest anzuschließen. Das die Gewerkschaft jedoch etwas nützen kann, habe sich auch in Hildburghausen gezeigt. — Kollege Aschenbach (Gotha) weist den Vorwurf zurück, daß die Gothaer Kartographen organisationsfeindlich seien. Sie wären sicher auch heute noch organisiert, wenn die Sache funktioniert hätte. Die Angestelltenversicherung sei für sie nicht eine wichtige Frage, da eine anderweitige Versicherung besteht. Nachdem Kollege A. noch dargelegt hat, welche Gründe für die Gothaer Kollegen maßgebend waren zum „Butab“ zu gehen, betont er, daß die Gothaer Kollegen nicht gut abseits stehen können und sich dem großen Ganzen anschließen müssen, er aber keine Versprechungen machen könne. Im Laufe der Aussprache ergriffen noch die Kollegen Krakau, Otto, Ferkel, Rotig, Stein und Roniger das Wort, um einige Ergänzungen und Richtigstellungen zu machen. Dann betonte Kollege Haß im Schlußwort, daß die Absicht, für die Zukunft Wege des Handelns zu finden, durch die Konferenz erreicht sei. Das sei der Erfolg der Konferenz.

Folgende Entschließung wurde dann einstimmig angenommen:

Die vom Vorstand des Verbandes einberufene Reichskonferenz, auf der Kartolithographen, kartographische Zeichner und Kupferstecher anwesend sind, erkennt den Schieds-

spruch vom 12. Mai 1925, der im Grenzstreit zwischen dem Verband der Lithographen und dem Bunde der Technischen Angestellten und Beamten gefällt worden ist, an. Durch diesen Schiedsspruch ist der Verband der Lithographen, Steindrucker und verwandten Berufe mit der Interessenvertretung dieser Sparten wieder beauftragt worden.

Die Konferenzteilnehmer verpflichten sich, alle Berufskollegen dem Verbandsvorstande zuzuführen, um möglichst günstige Arbeitsverhältnisse für alle Mitglieder zu erringen.

Die Konferenz ersucht den Verbandsvorstand, folgende Forderungen dieser Berufskollegen zu vertreten:

1. eine allgemeine Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 47 Stunden,
2. die Vergebung von Arbeiten an Privat-Kupferstechereien zu verhindern und diese Betriebe nicht als tariffrei anzuerkennen,
3. für eine möglichst günstige Lehrlingsstafel bei dem Abschluß des Steindruckerartijes einzutreten, solange diese Berufe unter Auftragsmangel zu leiden haben,
4. die Heimarbeit in diesen Berufen, die von Beamten des Staates ausgeübt wird, zu unterbinden,
5. für eine umfassende und sorgfältige Ausbildung der Lehrlinge einzutreten und diesen den obligatorischen Besuch von Fachklassen zu ermöglichen,
6. für die Abnutzung eigenen Werkzeuges den Kupferstechern eine Entschädigung zu verschaffen.

Nachdem noch einige interne, organisatorische und berufliche Angelegenheiten zur Zufriedenheit aller erledigt waren, wurde die Kartographienkonferenz nach reichlicher und reiflicher Aussprache geschlossen.

Diese Konferenz hat zweifellos gute Arbeit geleistet. Mit der einstimmigen Annahme der Entschließung ist der Organisationsstreit nun auch endgültig begraben. Was die Konferenz ausgesprochen hat, muß nun Tat werden. Finden sich die Kartolithographen, graphischen Zeichner und Kupferstecher zusammen zum gemeinschaftlichen Tun, dann geht es auch vorwärts und aufwärts. Und es wird Zeit, daß sie sich wieder zu gemeinschaftlicher Arbeit zusammenfinden! Denn die Konferenz hat Erscheinungen in den Kreis ihrer Erörterungen gezogen, die für die Kollegen bedrohlich werden können, wenn ihnen nicht Paroli geboten wird.

Die Konferenz hat zu entsprechendem Tun angeregt. Nun gilt es für die Beschäftigten in der Kartographie ihren Mann zu stehen!

Fast eure Kraft zusammen!

Der ADGB. zur Wirtschaftskrise.

Der Bundesausschuß des ADGB. hielt am 8. Dezember seine erste Sitzung nach dem Breslauer Kongreß ab. Er beschäftigte sich vor allem mit der jetzigen Wirtschaftskrise und ihren schweren sozialen Folgeerscheinungen. Nach einer eingehenden Debatte faßte der Bundesausschuß die Forderungen, die er zur Überwindung der Wirtschaftskrise und zur Erleichterung des Schicksals der von ihren Auswirkungen betroffenen Arbeitnehmer zu stellen hat, in folgender einstimmig angenommenen Entschließung zusammen:

Durch die augenblickliche Wirtschaftskrise sind bereits mehr als eine Million Arbeiter völlig aus dem Produktionsprozeß ausgeschart und weitere große Massen nur noch teilweise beschäftigt. Die Gewerkschaften haben unablässig und schon zu Zeiten, als die wirtschaftlichen Voraussetzungen günstiger waren, die Bereinigung der Wirtschaft von allen parasitären Gebilden und überflüssigen Kosten gefordert. Das ist leider erfolglos geblieben. Das Unternehmertum hat die Bereinigung der Wirtschaft nur im Abbau der Sozialpolitik, in der Entlassung von Arbeitnehmern, in einer Niedrighaltung der Arbeitslöhne und Verlängerung der Arbeitszeit gesehen. Geblieben sind die überflüssigen Unternehmerexistenzen, die viel zu vielen Direktoren, leitenden Beamten und Aufsichtspersonen, der Leerlauf ungenutzter Produktionsmittel, die viel zu hohen Handelsspesen und Zwischengewinne sowie die unerträglich hohen Geldzinsen. Während auf der einen Seite die Kaufkraft der breiten Massen abgedrosselt wurde, unterblieb auf der anderen Seite die notwendige und mögliche Senkung der Preise.

Das Mißverhältnis zwischen Kaufkraft und Warenpreisen

mußte zu einer Absatz- und damit auch zu einer Produktionskrise führen. Aus dieser Erkenntnis geht mit vollkommener Klarheit hervor, daß diese Krise nicht behoben werden kann durch eine weitere Senkung der Löhne und der Kaufkraft der noch Arbeitenden, sondern daß dies im Gegenteil unfehlbar zur Verschärfung und Verlängerung der Krise führen müßte. Zur Gesundung der Wirtschaft ist die

Hebung der Kaufkraft der breiten Masse

ein unbedingtes Erfordernis. Nichtsdestoweniger mehren sich die Meldungen, daß Unternehmern die gegenwärtige Notlage dazu ausnützen, unter Androhung der Entlassung willkürlich Lohnkürzungen vorzunehmen. Aus sozialen und allgemein volkswirtschaftlichen Gründen legt der Bundesausschuß gegen diese Versuche schärfste Verwahrung ein und fordert bei dem gerechten Abwehrkampf alle mögliche Unterstützung der Öffentlichkeit und der Behörden. Der Bundesausschuß verschließt sich nicht der Erkenntnis, daß neben den Fehlern und Versäumnissen der inneren Wirtschaftsführung krankhafte Erscheinungen in der Weltwirtschaft und besonders der europäischen Wirtschaft die deutsche Wirtschaftskrise verschärfen. Statt durch die Herstellung einer europäischen Wirtschaftseinheit eine wichtige Voraussetzung für die wirtschaftliche Gesundung in allen Ländern zu schaffen, werden um die einzelnen nationalen Wirtschaften Zollmauern errichtet und erhöht. Der Wahnsinn dieses Beginns wird durch die gleichzeitige Krise in den verschiedenen Ländern Europas aufs anschaulichste illustriert. Die Gewerkschaften richten an die Reichsregierung das dringende Verlangen, energisch und führend die Pläne einer

wirtschaftlichen Vereinigung der europäischen Länder

zu fördern. Den Opfern der durch eine verfehlte Wirtschaftsführung hervorgerufenen Krise die Lebensmöglichkeit zu sichern und ihre Arbeitskraft zu erhalten, ist ein unbedingtes soziales sowie volkswirtschaftliches Gebot. Die bisher vom Reichstagsausschuß beschlossene

Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung

kann den tatsächlichen Bedürfnissen in keiner Weise genügen. Neben einer ausreichenden Unterstützung völlig Arbeitsloser ist auch Kurzarbeitern eine solche zu gewähren. Ferner sind die den Bezug von Unterstützung vielfach einschränkenden Bestimmungen der heute noch bestehenden Regierungsverordnung über Erwerbslosenfürsorge zu ändern bzw. zu beseitigen. Der produktiven Erwerbslosenfürsorge müssen von Reich und Staat die notwendigen Mittel zur Verfügung gestellt werden, um die Arbeitslosen mit wirtschaftlichen Notstandsarbeiten umfassend zu beschäftigen. Für die Durchführung von Notstandsarbeiten, Vergebung von Arbeitsaufträgen und Arbeitsbeschaffung ist ein enges Zusammenarbeiten aller Reichsämtler, der einzelnen Länder und Gemeinden notwendig. Um eine klare Rechtsgrundlage für die künftigen Erwerbslosenfürsorge zu schaffen, ist eine beschleunigte Verabschiedung des Arbeitsversicherungsgesetzes unerlässlich.

Übt Solidarität!

Die Not schreitet durch das Land. Die kapitalistische Wirtschaft aller Länder wird von der Krise geschüttelt. Hier ist es der Überfluß an Gold und die dadurch bedingte Edelvaluta die den Absatz erschwert, dort ist es die Inflation, und wieder wo anders schneit es wegen Kapitalknappheit und Kreditnot ungedeckte Wechsel. Allerhand Rettungsaktionen werden inszeniert, deren Rezepte die gleichen bleiben und demzufolge auch der Erfolg solcher Maßnahmen durchaus uniform ist. Das wird auch immer so bleiben, so lange die Anarchie der kapitalistischen Warenproduktion besteht und allem anderen Geschehen Gesetz und Richtung vorschreibt. Trotz selten günstiger Weltumstände ladet sich Not und Entbehrung bei der Volksmehrheit täglich zu Gast. Dieser Wahnsinn ist nur möglich unter kapitalistischem Regime. Es sollte uns nicht Wunder nehmen, nächstens wieder zu lesen, daß irgendwo die Unterernährung ganze Volksschichten zermürbt und an einem anderen Ende Getreide verfeuert wird, weil es billiger ist wie Kohle und Holz. Trotz der Erkenntnis, daß sich diese Zustände immer wiederholen und wiederholen müssen, weil diese Erscheinungen unzertrennbar verbunden sind mit dem, was man kapitalistische Gesellschaftsordnung nennt, trotzdem setzt man alles in Bewegung, um einer gesunden Bedarfswirtschaft die schwersten Hemmnisse in den Weg zu rollen. Unangestastet sollen bleiben die Grenzen der Staaten, die einmal irgend ein vermoderter Diplomat da oder dort hin gesetzt hat. Die politischen Belange von ehemals, das heißt, wenn überhaupt solche bestanden haben, die Resultate von Diplomatengezänk und Scheibung, das Ergebnis von Kongressen, auf denen vor allen Dingen dynastische Habgier, Macht- und Hofschranzenwirtschaft den Ausschlag gab, bestimmt mit wenigen Ausnahmen heute noch die politische Zusammenfassung der Völker. Eine Zusammenfassung nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten ist fast nirgends zu finden, und lieber bekriegt man sich wieder einmal, ehe man sich zu Zugeständnissen bequemt, die die Vernunft gebietet. Man muß sie nur bei der Arbeit sehen, die zünftigen Diplomaten von heute, die sich von den Perücken von damals durchaus nicht unterscheiden. War es nicht vor

kurzem der Ministerpräsident von Bayern, der bei der Besprechung des Diplomatenpaktes von Locarno besonders hervorhob, daß vor allen Dingen Bayern als Staat, also bleibe nicht als Glied eines Staates, anerkannt werden müsse. Ausgerechnet in dem Augenblick, wo von dem abgeschlossenen Pakt weltpolitische Entspannung und Erleichterungen im Gütraustausch der Völker erwartet wird, bringt Bayerns erster Diener im Staat separatistische Forderungen vor, für die er das Primat fordert. Ist eine derartige Situation nicht zum Heulen? Ja, wenn es nur ein Einzelfall wäre; aber so sind sie ja alle. In einem anderen Falle wird im Parlament eines Gliedstaates ein Etat vorgelegt, dessen günstiges Ergebnis auf Grund des Ertrages seiner Forsten zustande gekommen ist. Fettige Gesichter auf den Regierungsbänken, die vor Befriedigung glänzen, Beifall bei der Partei des Kabinetts, die agrarpolitisch orientiert ist. Das Reich aber, zu dem der mit Holz wuchernde Gliedstaat gehört, hat eine graphische Industrie, die stark auf Export angewiesen ist und die nicht ausführen kann, weil die Papierpreise des Auslandes niedriger sind. Die Betriebe werden darum eingeschränkt, fleißige Arbeitshände müssen feiern, das Reich zahlt Millionen an Erwerbslose — aber der Gliedstaat hat einen günstigen Etat auf Grund seiner Holzpreise, die der Industrie den Grundstoff verteuren, wodurch die Wettbewerbsfähigkeit ausgeschaltet wird. Ja, wir verstehen's! Der Fachminister eines anderen Gliedstaates fordert, um bei dem gleichen Beispiel zu bleiben, Barzahlung bei dem Bezug von Holz. Das in einer Zeit, wo in Handel und Gewerbe vorwiegend mit Akzepten und langem Ziel gearbeitet wird und wo wegen Mangel an verfügbarem Kapital — nicht an Aufträgen — Barabschlüsse unmöglich sind. Derselbe Herr Fachminister geht aber hin und wirkt und schafft, um dem stauenden Publikum zu zeigen, daß es der Regierung mit Preisabbau wirklich ernst ist. Donnernde Reden werden gehalten und gegen den Preis desselben Fertigproduktes wird gewettert und Abbau verlangt, zu dem die Preispolitik des Herrn Ministers hinsichtlich des Grundstoffes erst die Veranlassung gegeben hat. Gern würde man solche Dinge in das Reich der Fabel verweisen, wenn sie nicht bedauerliche Tatsache sein würden. In diesem Durcheinander begauert nun noch eine Industrie und eine Firma die andere. Kartelle beschließen Inlandspreise, um im Ausland billiger liefern zu können. Graphische Maschinen werden im Ausland um 25 Proz., streng vertraulich, billiger gehandelt. Mit Farbe ist es nicht anders, und auch die Papierfabriken tun trotz der verkehrten Preispolitik mit dem Grundstoff ein übriges, um auf Kosten des Inlandes auf dem Weltmarkt ins Geschäft zu kommen. Alles geschieht natürlich unter der Parole: Schutz der nationalen Arbeit.

Inmitten diesem Durcheinander steht „der Arbeit gewaltiges Heer“. Meist noch in der Anschauung befangen, als müßte alles so sein. Täglich vergiftet und umstrickt von der Kost bürgerlicher Preßorgane, weiß es noch nicht sich so zusammenzufinden, um dem ganzen Spuk ein Ende zu bereiten. Gewaltige Anstrengungen sind noch notwendig, um durch Erklärung der wirtschaftlichen Zusammenhänge, jenes Verständnis anzuerziehen, das die Wurzeln der Not erkennt und den Willen zur befreienden Tat weckt. Inmitten dieses Prozesses stehen als verlässlichste Freunde in allen Lebenslagen die Gewerkschaften denen zur Verfügung, die der großen Armee der Habenichtse angehören und die Folgen der wirtschaftlichen Desorganisation zu kosten bekommen. Täglich und stündlich, von den meisten in den Einzelheiten nicht erkennbar, führen sie einen erbitterten Kampf für die Angehörigen der besitzlosen Klasse. Weniger mit Worten, schönen Gesten und Entschuldigungen, sondern durch die Tat. Auch nicht auf offenem Markte, um mit gleichenden Worten um die Gunst zu buhlen, sondern dort, wo man die aufsuchen muß, die in diesem Kampf den Gegenpart bilden. Erreichbares zu nehmen und im scharfen Nachstoß erstrebenswertes zu holen, ist neben vielen anderen, ganz knapp umrissen, ihre Haupttätigkeit. Eines nun von den vielen anderen ist ihre Sorge für die Zeit der Arbeitslosigkeit, der Krankheit und des Alters ihrer Mitglieder. In solchen Zeiten gilt es vorzubeugen, daß die Not den Betroffenen nicht zermürbt, und aus der Not heraus Stimmung schafft, die sich in Preisgabe des vorher in langen mühevollen Kämpfen Erreichten auswirken kann. Deswegen sind diese Einrichtungen nötig im Interesse des Kampfes für Lohn und Brot. Besonders haben wir jetzt Ursache uns zu freuen, daß unser Verbandstag Voraussicht genug besessen hat, um diese Unterstützungen den Verhältnissen anzugleichen, und die Stimmen, die die Notwendigkeit nicht einsehen wollten, sind verstummt mit einem mal. — Pflicht ist es nun von jedem, dem das Schicksal noch nicht zur großen Armee der Freigesetzten verwies, durch pünktliche Beitragsleistung die Möglichkeit zu erhalten, daß diese Unterstützungen auch für

die Dauer gezahlt werden können. Wollen wir unsere Arbeitslosen zur Disziplin verpflichten, die sicher gern übernommen wird, dann haben wir als in Arbeit Stehende aber auch alles zu tun, um unsere Kollegen, die heute oder gestern noch neben uns standen und Aktivposten unseres solidarischen Kampfes waren, diese Zeit überstehen zu helfen. Morgen oder übermorgen kann die Reihe an uns sein! Jede Restmarke ist in solchen Zeiten zu vermeiden und jede nicht gewollte Zahlung ein unsolidarischer Akt. Eine einzelne Marke ist sicher kein Kapital. Aber ein Wenig ergibt in unserem Falle ein Viel und ein Viel ist Kapital- und Zinsverlust. Beides erschwert uns den Kampf mit der Krise und läßt unsere Arbeitslosen leiden. Deshalb, übt Solidarität!

Aber noch etwas. Es weihnachtet. Die Christen nennen es Christfest, wir anderen halten es mit der Sonnenwendfeier. Gleichviel, zu welcher Anschauung sich der einzelne bekennt, darf doch wohl ausgesprochen werden, daß sich zu solcher Zeit ein Gefühl mit Elementargewalt in den Vordräng drängt, daß sich dahin auswirken will, anderen helfen und andere zu erfreuen. Selten feiert das Gute im Menschen an einem bestimmten Tage solche Triumphe wie an den Tagen, als schon die Alten die aufkommende Sonne mit neuem Hoffen begrüßten. Vielseitig sind die Verpflichtungen des einzelnen. Meist ist die Zahl groß und die Mittel klein und bei manchem bleibt Bitternis zurück, weil er sein Wollen, zu helfen und zu erfreuen, nicht restlos in die Tat umsetzen konnte. Es gibt aber diese Zeit nun auch viele — ein Jahr mehr, ein Jahr weniger — die keinem helfen und keinen erfreuen können. Das sind die Opfer unserer herrlichen Wirtschaftsordnung, die Licht und Schatten so ungleich verteilt. Sie sind selbst bedürftig! Aus diesem Grunde ist es auch in vielen Mitgliedschaften unseres Verbandes Sitte, zu solchen Zeiten etwas extra zu tun und dort, wo gut fundierte Lokalkassen zu finden sind, wird man sich auch der Arbeitslosen erinnern, um auch bei solcher Gelegenheit zu beweisen, daß wir uns mit ihnen allezeit verbunden fühlen. Ich möchte mich nun dafür einsetzen, daß diese Übung überall ihren Eingang findet. Wo nicht Lokalkassen die Mittel liefern können, da wird durch freiwillige Sammlungen sicher so viel zusammen kommen, um der Not etwas zu steuern und um durch einen Sonnenstrahl das Dasein vorübergehend zu erheitern. Ich nehme es gern mit den Prinzipiellen lächeln und gern mit dem Vorwurf bei der Hand sind, daß man die Arbeiter über ihre Situation täuschen will. Keinen aufrechten Menschen wird so ein Gedanke kommen und keiner unserer arbeitslosen Kollegen wird in eine solche törichte Annahme verfallen. Die Gabe allein ist auch das Wichtigste nicht, sondern die Handlung, das Gedanken, das Verbundensein die Solidarität! Deswegen, Kollegen an allen Orten, tut was ihr könnt und vergeßt auch unsere Invaliden nicht, die an der Wiege der Arbeiterbewegung ihre Schuldigkeit taten, für uns. Solches Beginnen trägt Wucherzinsen — auch für uns. Übt Solidarität!

M. Achel (Leipzig).

Beihilfe auch für die Reichsarbeiter gefordert.

In den letzten Tagen ging durch die Presse die Mitteilung, daß das Reichsfinanzministerium die Absicht habe, dem Reichstage den Vorschlag zu unterbreiten, allen Beamten am 15. Dezember d. J. ein halbes Monatsgehalt als einmalige Beihilfe auszuzahlen. Obwohl vom Reichsfinanzministerium nachträglich diese Zeitungsmeldung bestritten wird und auch sachlich diese Art Gehaltsregelung für die Beamten als nicht richtig bezeichnet werden muß, weil sie die Notlage der Beamten nur verlängern, aber nicht beseitigen würde, haben trotzdem die Arbeiterorganisationen an das Reichsfinanzministerium den Antrag gestellt, daß, falls der Reichstag für die Beamten, gleichgültig in welchem Ausmaße, eine einmalige Abfindungssumme bewilligen sollte, diese Beihilfe auch an die dem TAR (Tarifvertrag für die Arbeiter bei den Reichsverwaltungen) unterstellten Reichsarbeiter zur Auszahlung gelangen müßte.

Diese Forderung ist durchaus berechtigt, denn die Reichsarbeiter befinden sich in der gleichen Notlage wie die Beamten.

Neuer Notenstedertarif in Österreich.

Über den Abschluß eines neuen Notenstedertarifes berichten die österreichischen Kollegen in ihrer Verbandszeitung wie folgt:

Der Notenstedertarif, der am 1. November 1922 in Kraft getreten war, wurde vom österreichischen Sznfelder-Bund, gemäß den in diesem Tarif enthaltenen diesbezüglichen Bestimmungen, gekündigt und verlor daher am 31. Oktober l. J. seine Wirksamkeit. Am 26. und 25. Oktober fanden die Verhandlungen statt, um die

Bestimmungen für einen neuen Kollektivvertrag festzulegen. Nach hartem Kampfe mit den Un-
 ternehmern, gelang es nicht nur die Akkordlöhne für die Notenstechergehilfen zeitgemäß zu erhöhen, sondern es wurde auch die Berechnungs-
 weise für den Gesamtverdienst so geändert, daß verschiedene Härten, die die frühere Berechnungs-
 weise für die Arbeiter aufwies, wenn auch nicht ganz, so doch bedeutend gemildert wurden. Die Auswirkung der neuen Berechnungs-
 weise in Verbindung mit der beschlossenen Erhöhung der Akkordpreise kommen einer zirka zehnpromzentigen Erhöhung des Gesamtverdienstes eines Notenstechers gleich.

Ein Kampfobjekt, das sich die Unternehmervertreter bei der diesmaligen Tarifrevision ausgesucht hatten, um auf ihn ihre Angriffe hauptsächlich zu konzentrieren, war die im alten Tarif enthaltene Lehrlingskala, von deren Erneuerung in der alten Form die Unternehmer absolut nichts wissen wollten. Sie beklagten sich, daß diese Lehrlingskala in ihrer alten Form die Heranbildung eines Nachwuchses von Notenstechern, wie ihn das Wiener Notenstechergewerbe benötige, wenn es den an ihn gestellten Anforderungen entsprechen sollte, vollständig verhindere. Die Gehilfenseite rechtfertigte die strenge Lehrlingskala mit dem sicherlich unwiderlegbaren Hinweis, daß infolge des Umstandes, daß in Österreich eigentlich nur zwei nennenswerte Notenstecherbetriebe in Betracht kommen, und daß ein Stillstand in der Produktion im Notentisch in einem dieser zwei Betriebe eine geradezu katastrophale Arbeitslosigkeit bei den Notenstecherhilfen hervorruft müßte. Sie betrachtete es daher schon vom moralischen Standpunkt aus als nicht gerechtfertigt, allzuviel Notenstecher heranzubilden. Da die Unternehmer der sicheren Hoffnung Ausdruck gaben, daß mit einer Einschränkung des Notentisches in den nächsten Jahren sicherlich nicht zu rechnen ist, zeigten die Gehilfenvertreter ein Entgegenkommen und demzufolge kam eine Vereinbarung zustande, daß die alte Lehrlingskala im neuen Tarif in vollem Umfang wieder Aufnahme findet, daß aber bis 31. Oktober 1926 die Lehrlingskala mit kleinen Abweichungen so gehandhabt wird, wie sie im Steindrucker- und Lithographentarif festgelegt ist. Nach Ablauf dieser Zeit werden die Verhältnisse in den Wiener Notenstechereien untersucht und von dem Ergebnis dieser Untersuchung wird es abhängig gemacht werden, ob die vorstehende Vereinbarung eine Verlängerung oder Aufhebung erfahren soll.

Unsere Kollegen in Schweden gegen zwangsweise Schaffung von Industrieverbänden.

Seit Jahren steht in Schweden die Industrieverbandsfrage im Vordergrund der gewerkschaftlichen Beratungen. Der im Jahre 1922 abgehaltene schwedische Gewerkschaftskongreß beschäftigte sich sehr eingehend mit der Umbildung der Berufsverbände zu Industrieverbänden, und nach langen Beratungen wurde schließlich mit 174 gegen 119 Stimmen ein vom Metallarbeiter-Verband gestellter Antrag angenommen, der den Übergang zu Industrieverbänden forderte und bestimmte, daß die neue Organisationsform bis zum 1. Januar 1926 eingeführt sein müsse. Die Minderheit stimmte für einen vom Vorstand gestellten Antrag, der nur eine freiwillige Umbildung vorsah. Gleichzeitig wurde der Vorstand mit der Ausarbeitung eines Organisationsplanes beauftragt, wobei ihm volle Freiheit gelassen wurde.

Wie schon aus dem Abstimmungsergebnis hervorgeht, waren die Ansichten über die Zweckmäßigkeit bzw. Durchführbarkeit des Antrages sehr geteilt. Seit dem Kongreß ist nun die Frage der Organisationsform in allen Gewerkschaften eifrig und leidenschaftlich besprochen worden, wobei festgestellt werden kann, daß verschiedene Verbände sich ganz entschieden der Durchführung widersetzen.

Gemäß dem vom Kongreß erhaltenen Auftrag arbeitete nun der Vorstand einen Organisationsplan aus, der aber verschiedener Umstände hal-

ber erst um die Jahreswende 1924-25 fertiggestellt und dem Ausschuß der Landeszentrale vorgelegt wurde.

Bei der Ausarbeitung kam es dem Vorstand, wie in dem vorgelegten Bericht gesagt wird, „nicht darauf an, die größtmögliche Anzahl Verbände aufzulösen, sondern zu versuchen, die Grenzen der Verbände so zu ziehen, daß bei Lohnbewegungen in jedem Betrieb nur ein Verband in Frage kommt.“ In dem vorgelegten Plane wird die Zahl der Verbände auf 33 festgesetzt. Hierbei muß jedoch bemerkt werden, daß man bei der Ausarbeitung des Planes auch diejenigen Gewerkschaften berücksichtigte, die noch nicht der Landeszentrale angeschlossen sind, damit bei einem eventuellen Anschluß für diese Organisationen der organisationsmäßige Rahmen gleich vorhanden ist.

Nach dem vorgeschlagenen Plane sollen unter anderem auch die Verbände der Lithographen, Buchdrucker und Buchbinder sowie die Sektionen der Zeitungsboten und des Transportarbeiterverbandes zu einem Buch-Industriearbeiterverband umgebildet werden. Neben einer Reihe anderer Verbände haben auch die drei graphischen Organisationen, die übrigens zu den ältesten Gewerkschaften des Landes gehören, zu dem Plane Stellung genommen und ihre Meinung dahingehend ausgesprochen, daß sie nicht geneigt sind, ihre Organisationen zu einem Industrieverband zu vereinigen, sondern ihre jetzt bestehende Kartellorganisation für genügend halten, die gemeinsamen Interessen der graphischen Arbeiter zu wahren.

Warnung vor Zuzug nach Hamburg.

Der Ortsausschuß Groß-Hamburg des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, die örtliche Spitzenkörperschaft der freien Gewerkschaften im großhamburgischen Wirtschaftsgebiet, bittet die gesamte deutsche Arbeiterpresse, vor Zuzug von Arbeitskräften nach dem Wirtschaftsgebiet Groß-Hamburg öffentlich und dringend zu warnen.

In letzter Zeit ist wiederholt die Wahrnehmung gemacht, daß beschäftigungslose Arbeitnehmer aller Berufe, vermutlich aus kleineren und mittleren Orten nach Hamburg, in der Hoffnung, dort Beschäftigung zu finden, zuziehen.

Nach bisher gemachten Feststellungen werden im Binnenlande phantastische Angaben über Beschäftigungsmöglichkeit im Hamburger Hafen und in der deutschen Seeschiffahrt verbreitet. Nur ganz gewissenlose Personen können dadurch Erwerbslose des Binnenlandes veranlassen, nach Hamburg zuzuziehen.

Im groß-hamburgischen Wirtschaftsgebiet sind rund 40 000 bodenständige Arbeitnehmer beschäftigt.

In den Heuerländen der nordischen Wasserkante sind etwa 18 000 Seeleute aller Chargen als erwerbslos angezeigt.

Das Baugeverbe im groß-hamburgischen Wirtschaftsgebiet hat eine außergewöhnlich hohe Zahl von Erwerbslosen. Die Beschäftigungsmöglichkeit in der Hamburger Werftindustrie ist selbst für bodenständige erfahrene Werftarbeiter gleich Null.

Tausende von kaufmännischen und technischen Angestellten, insbesondere Bank- und Versicherungsangestellte, beiderlei Geschlechts, sind seit Wochen und Monaten ohne Beschäftigung.

Die deutsche Wirtschaftskrise lastet auf Hamburgs Handel, Gewerbe und Industrie so schwer, daß die Gewerkschaften aller Berufe und aller Richtungen vor Zuzug von Arbeitskräften aus dem Binnenlande aufs nachdrücklichste warnen müssen.

12000 Mark für die Arbeit einer halben Stunde.

Über die Löhne einzelner Arbeitergruppen zerbricht man sich den Kopf, obwohl sie im Vergleich zur Teuerung nicht einmal die Real-löhne der Friedenszeit erreichen. Daß es aber Leute gibt, die Riesenverdienste ohne große Anstrengung erzielen, wird in der Öffentlichkeit kaum bekannt. Die Gerichtsnotars- und

Rechtsanwaltsgebühren erreichen teilweise eine Höhe, wie man sie in einem verarmten Lande nicht für möglich halten sollte. Eine Firma berichtet über ihre Erfahrungen auf diesem Gebiete in den „Wirtschaftlichen Nachrichten vom Rhein und Ruhr“. Danach mußten an Notargebühren bezahlt werden:

Protokollierung einer Generalversammlung, Dauer 1/2 Stunde	12 000 M.
Protokollierung einer Generalversammlung, Dauer 1/4 Stunde	2 400 M.
Kapitalerhöhung einer Aktiengesellschaft in Höhe von 1 Million M.	29 000 M.
Anmeldung einer Kommanditgesellschaft (2 Anwälte je 68 M.)	136 M.
Annahme eines Vertrages, Dauer 15 Minuten	800 M.
Teilnahme an einer Generalversammlung, außer den direkten Kosten	2 000 M.
Für einen Prozeß (gesetzliches Anwaltshonorar)	20 000 M.
Dazu ein Extrahonorar, obwohl der Prozeß verloren ging	30 000 M.

Das sind einzelne Beispiele, die, wie die Schriftleitung der „Wirtschaftlichen Nachrichten“ hinzufügt, durchaus nicht vereinzelt dastehen. Es ist gewiß jedem das Seine zu gönnen, auch sind wir der Meinung, daß Rechtsanwälte und Notare ausreichend bezahlt werden müssen. Derartige Forderungen gehen aber über die Hutschnur und müssen als ein Skandal betrachtet werden, so lange die Einkünfte von Millionen Arbeitern um die Hungergrenze schwanken und Reichsleitung und Unternehmerorganisationen alles tun, um diesen Schmachzustand zu verewigen.

Vom Büchertisch.

Amerikareise deutscher Buchdrucker. Verlag Deutscher Buchdrucker-Verein, Berlin W 30, Nollendorferplatz 1. Preis 3,— Mk.

Das Buch ist in der Hauptsache eine Wiedergabe der Reiseberichte, die schon in der „Zeitschrift“ erschienen sind. Neu darin ist die zusammenfassende, chronologische Reiseschilderung. Eine Fülle von Beobachtungen und Anschauungen wird in den Berichten geboten. Da der Einfluß Amerikas auf unsere wirtschaftlichen Verhältnisse noch im Werden begriffen ist, und auch Allgemeininteressantes geboten wird, kann auch dieses Buch den Kollegen zum Studium nur empfohlen werden.

Der leuchtende Baum. Von Ernst Prezang.

Beide Bücher, die der Verlag Büchergilde Gutenberg zum Weihnachtsest anbietet, sind ein rechtes Geschenk auf den Weihnachtstisch des Arbeiters. Während Prezang mit seinem dem Alltagsleben abgelauchten Geschichten zu reiner, verständlicher Menschenliebe fährt, ist die Historie Hartmanns, die met als ein unterhaltender Roman ist, wohl dazu angetan, klare Entscheidung und gläubige Zuversicht in uns zu schüren. Die Mitgliedschaft bei der Büchergilde Gutenberg kann von jedermann erworben werden. Das Eintrittsgeld beträgt 75 Pfg. und der monatliche Beitrag 1 Mk. Dafür erhält jedes Mitglied monatlich eine Zeitschrift und vierteljährlich ein inhaltlich und buchtechnisch gut ausgestattetes Werk. Den Mitgliedern steht außerdem das Vorgesichtsrecht zum Bezuge von Büchern aus einer Auswahlreihe zu.

Des Danziger Paulus de Vise Buchdrucker-spiel. A. W. Kafemann G. m. b. H. Verlag, Danzig. Preis 1,60 Mk.

Der Buchdruck kann schon auf eine verhältnismäßig lange Existenz zurückblicken. Kein Wunder deshalb, daß einstmals auch im Buchdruckgewerbe Bräuche geübt wurden, die stark an die Bräuche der Zunftgesellen anklungen. Erinnert sei nur an das „gautschen“, das zumindest vor dem Kriege noch in manchen Betrieben geübt wurde. Spiele, die das Leben und Treiben der Buchdrucker schildern, hat es deshalb schon in früherer Zeit gegeben. Das älteste Werk in Reim und Handlung dürfte das Buchdrucker-spiel des Paulus de Vise sein, das wortgetreu nach dem Original, aber in größerer Schrift in dem Buchlein wiedergegeben ist.

Kalender des Deutschen Landarbeiter-Verbandes.

Für das Jahr 1926 hat der deutsche Landarbeiterverband einen schönen, in Tiedruck hergestellten Buchkalender herausgebracht. Neben reicher Bilderfülle steht ein vorzüglicher Textinhalt, der sowohl auf Verbandsereignisse wie allgemeininteressierende Dinge Bezug nimmt. Auch dem Bedürfnis nach Unterhaltung ist Rechnung getragen worden, so daß dem Kalender die weiteste Verbreitung sicher sein sollte.

Bekanntmachung.

Die Steindrucker Franz Neff — Buch-Nr. 55 925 — und Joseph Obreiter — Buch-Nr. 57 514 — haben bei dem Kampf um die Anerkennung des Steindruckertarifes in Offenburg Streikbruch verübt. Der Vorstand hat deshalb gemäß § 6 2b ihren Ausschluß vollzogen.

Der Verbandsvorstand.

Stelle noch einen jüngeren

Strich- und Auto-Photographen

ein. Angebote mit Zeugnisabschriften und Lohnforderung erbeten

Conrad Schönhals, Breslau, Reuschestraße 51.

Ia Autoätzer

Nr. Schwarz und Farben gesucht. Köhler & Lippmann, Braunschweig.

Tarifaft für Deutschlands Chemigraphen, Kupfer-, Licht- und Tiedrucker

Briefadresse z. Hd. des Herrn Geschäftsführers Richard Köhler, Berlin SW 61

Belle-Alliance-Platz 13.

Wir ersuchen um Angabe des derzeitigen Aufenthaltsortes und Adresse des

Maschinenretuscheurs Edmund Bärawalde,

zuletzt in Leipzig tätig, in Sachen: Zustellung einer Klage der Firma Ludwig Fein, Köln, wegen Kontraktbruch.

Richard Köhler, Geschäftsführer.

Fachliteratur!

DER PRAKTISCHE UMDRÜCKER

von Bernhard Enders

Preis inkl. Porto und Nachnahme 1,— R.-Mark

Die Erfindung der Lithographie

durch Alois Senefelder

von Fritz Hansen.

Preis inkl. Porto und Nachnahme 0,75 R.-Mark

Der lithographische Maschinendruck

Preis 1,50 Mk. inkl. Porto.

Verlag Conrad Müller, Schkeuditz.

Brauchen Sie Plakate

Antegungen zur Anfertigung von Plakaten werden in erstklassiger, künstlerischer Aufmachung, so kaufen sie sich die Mappe

Original-Entwürfe aus dem Atelier von Hans Neumann. Sie sind dann für alle Fälle gewappnet. Preis inkl. Nachnahme 10.50 R.-M. Zu beziehen durch

Conrad Müller, Schkeuditz-Leipzig.